

Rede zum Haushaltplan 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ritsche,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen waren durch die coronabedingten Einschränkungen bestimmt und durch die sehr späte Verabschiedung des Haushaltplans. Die Wirkung auf die Haushaltswirtschaft ist daher eingegrenzt. Wir werden am Ende nicht alles umsetzen können.

Weiterhin wurden die Beratungen durch eine Vielzahl von Anträgen der schwarz / grünen Mehrheitsfraktionen belastet. Die ursprünglichen Anträge wurden von den Antragstellern in den Beratungsläufen verändert und neu bewertet.

Dabei entstand der Eindruck, dass CDU/Grüne das Verwaltungshandeln selbst bestimmen wollen. Viele dieser Anträge sind in diesem Jahr darüber hinaus nicht haushaltsrelevant und landen auf dem Scheiterhaufen der politischen Vernunft.

Mit der Wahl von Herrn Ritsche zum Bürgermeister der Stadt Wülfrath haben die Wähler*innen Weitsicht und Klugheit bewiesen. Das ist im Handeln des Bürgermeisters erkennbar.

Die „Blockbildung“ von CDU Fraktion und Grüne Fraktion macht den politischen Diskurs schwierig und entspricht nicht dem Wahlverhalten der Bürger*innen.

Ein Mehrheitsblock auf der kommunalen Ebene blockiert die Partizipationsmöglichkeiten aller Bürger*innen.

Die Wülfrather Geschichte der HH-Planberatungen ist seit Ende der 1990er Jahre gekennzeichnet durch **Aufgabenkritik, Sparbeschlüsse, Prüfaufträge und fünf Hausikos**. Immer wieder haben Verwaltung und Rat die Erfahrung machen müssen, dass durch Sparmaßnahmen, eine nachhaltige Konsolidierung des kommunalen Haushalts nur schwer erreicht werden kann.

Nach vielen Jahren „**Sparpolitik**“ und der ideologisch besetzten sogenannten „**schwarzen Null**“ zeigt sich deutlicher als je zuvor: Mit Sparen alleine sind kommunale Haushalte nicht zu konsolidieren.

In der Folge dieser Sparpolitik blieben Investitionen aus und städtisches Vermögen wurde verzehrt. Wir lebten von der Substanz. Die Eigenkapitalquote sank kontinuierlich.

Auch in den Köpfen der Bürger und Bürgerinnen, hat sich festgesetzt, dass wir durch „sparen“ nicht „reicher“ sondern am Ende „ärmer“ sind.

Die Abkehr von der „schwarzen Null“ als Symbol für die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips auf der Ebene der Finanzplanungen ist nach Auffassung der SPD Fraktion notwendig. Wir brauchen eine Neupositionierung hin zu einer Investitionspolitik. Der Investitionsbegriff muss von der Finanzierungsdebatte entkoppelt werden. Es gibt gute und schlechte Schulden. Die Kassenkredite (Liquiditätskredite) sind unser Problem. Hier sind Bund und Land gefordert, die Altschuldenproblematik mit aufzulösen (siehe Resolution).

In einer Zeit, wo Zinsen so niedrig sind, haben Schulden ihren Preis verloren, sodass wir gerade auch im Interesse der jungen Menschen massiv investieren müssen. Aus der Verschuldung kann man herauswachsen. Jede nicht getätigte

Investition ist für die zukünftige Generation doppelt und dreifach zu teuer.

Eine Politik, die nachfolgenden Generationen ein schuldenfreies Land hinterlassen will, muss umdenken. Das Thema der Generationengerechtigkeit ist nicht nur auf die aktuelle finanzielle Schuldenproblematik zu beziehen.

Vor allem junge Menschen ahnen längst: Schulden macht man nicht nur bei der Bank, man kann auch auf der Erde auf Pump leben. Es verschuldet sich auch, wer die Atmosphäre als Müllkippe für Klimagase missbraucht, wer die Rohstoffe für unseren Wohlstand durch Kinderarbeit in der Dritten Welt ausbeutet, wer Elektromobilität fordert aber den dafür notwendigen CO₂ Ausstoß auf die Dritte Welt verlagert **oder** die Kommunalstraßen und die städtischen Immobilien, Schulen und Infrastruktur verfallen lässt.

Die zukünftigen kommunalen Herausforderungen durch die **Klimakrise**, durch die **Energiewende**, durch die notwendige **Digitalisierung**, durch die **Mobilitätswende** zeigen auf, wo auch unsere kommunalen Aufgaben in der Zukunft uns fordern:

- durch den Breitbandausbau
- durch neue Wohnraumangebote (öffentlich gefördert und bezahlbar)
- durch Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe
- durch Bildungseinrichtungen ,die attraktiv bleiben und den pädagogischen Herausforderungen Stand halten
- durch Sport- und Kulturangebote, die nicht nur Traditionen pflegen sondern auch gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen
- durch touristische Angebote im Nah-Raum und in der Region, um zukünftige Freizeitgestaltungen bei

veränderten demografischen Entwicklungen zu ermöglichen. Die Pandemien fordern uns da heraus und die „AIDA Generation“ stirbt aus.

- Die Aufzählung kann man fortsetzen!

Wenn wir diese Aufgabenfelder bearbeiten wollen setzt das voraus, dass wir erst einmal Geld in die Hand nehmen, damit wir planen und investieren können.

Wir müssen Vorleistungen erbringen. Ohne Planung keine Zukunft. Zukunft braucht Geld und Menschen / Mitarbeiter die die Zukunft in den Blick nehmen können.

Deshalb müssen wir über die **Anhebung von Steuern** reden. Alle Bürger*innen müssen mithelfen.

Grundsteuer

Die Verwaltung hat von Anfang an deutlich gemacht, dass eine Anhebung der **Grundsteuern** aufgrund der angespannten Finanzsituation notwendig wird. Ich zitiere den Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes am 15.12.2021:

„Die Grundsteuer B hat aufgrund Ihrer Konstanz eine herausragende Bedeutung für den städtischen Haushalt und für die verlässliche Finanzierung städtischer Aufgaben“

Dem stimmt die SPD Fraktion zu. Die Grundsteuer B wird auf 615 Pkte. angehoben. Das ist für den Planungszeitraum bis 2024 eine moderate Erhöhung und ist allen Bürger und Bürgerinnen für eine nachhaltige Entwicklung zu zumuten.

Zu einer nachhaltigen Politik gehört auch eine gute Verwaltung: Ein Gemeinwesen braucht Verwaltung und **Verwaltung ist Personal** neben allen technischen Voraussetzungen.

Die Aufgabenerfüllung einer Kommune braucht vor allem **qualifiziertes Personal**. Wie schwierig das für eine kleine Verwaltung ist, haben wir gerade in letzter Zeit erfahren. Ausgeschriebene Stellen konnten nicht zeitnah besetzt werden.

Das ständige Rumnörgeln an der Verwaltung demotiviert die Mitarbeiter der Verwaltung. In einer kleinen Verwaltung ist man auf jeden Mitarbeiter angewiesen.

Der Personalkörper der Wülfrather Verwaltung leistet für die Bürger und Bürgerinnen hervorragende Arbeit.

Appell: Dabei ist das Personal zu unterstützen, wertzuschätzen und zu motivieren.

Schluss

Die Bürger und Bürgerinnen nehmen Rat und Verwaltung gegenwärtig als zerstritten wahr. Wenn die Anzahl öffentlich vorgetragener Anfragen und Anträge das Maß für eine konstruktive Politik sein soll, verheddern wir uns und verlieren den Blick für das Ganze. Die Blockbildung im jetzigen Rat durch die CDU Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Grüne zerstören dabei den notwendigen Diskurs. Die Gemeindeordnung sieht den Rat einer Kommune als Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Durch die Verwaltungsstrukturreform in 90er Jahren sind die Aufgabenwahrnehmungen durch das „Was“ des Rates und durch das „Wie“ der Verwaltung bestimmt. Von diesem Grundprinzip weichen CDU und Grüne durch die Blockbildung

ab und vermischen die Aufgaben. Dadurch blockieren sie die Verwaltungsarbeit, belasten sie durch unnötige Anfragen, Prüfaufträge und durch Besserwisserei.

Wülfrath als die kleinste Stadt im Kreis muss sich durch Zusammenhalt auszeichnen, wir müssen das Positive dieser Stadt herausstellen. Wir müssen uns nicht klein machen. Die Wülfrather Politik muss die Herausforderung annehmen. Sie kann nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Wülfrather Politik sich nicht im Kleinklein verfängt. In diesem Sinne lassen sie uns die Zukunft in den Blick nehmen.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2021 und insbesondere dem Stellenplan zu.
Glückauf. Vielen Dank.

Manfred Hoffmann, Fraktionsvorsitzender

Wülfrath, 29.06.2021

Es gilt das gesprochene Wort